

# Freie Demokraten

Kreistagsfraktion  
Gütersloh **FDP**

## Haushaltsrede 2024

**Thorsten Baumgart  
für die FDP-Kreistagsfraktion**

Sehr geehrter Herr Landrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsentwurf hat es in sich. Der eine oder andere Rekord wird gebrochen:

- Das Gesamtvolumen des Haushalts steigt auf über 780 Millionen Euro.
- Es werden 77,9 neue Stellen geschaffen. Rechnet man den Stellenabbau dagegen, geht es um 15,5 zusätzliche Stellen in der Kreisverwaltung. 22,5 der neuen Stellen werden aus der allgemeinen Kreisumlage und somit direkt durch die Kommunen im Kreis finanziert. Die Personalaufwendungen steigen damit auf über 130 Millionen Euro.
- Besonders bedenklich: Die allgemeine Kreisumlage steigt um rund 17 Millionen Euro auf über 260 Millionen Euro. Es ist nicht verwunderlich, dass sich in diesem Jahr mehrere Stadträte nach langer Zeit mal wieder für eine kritische Stellungnahme zum Kreishaushalt angesichts dieser Entwicklung entschieden haben.
- Und auch bei den freiwilligen und steuerbaren Leistungen ist ein Rekord feststellbar: Mit einem Plus von 10 Millionen Euro in nur zwei Jahren erreichen sie ein Gesamtvolumen von über 35 Millionen Euro!

Meine Damen und Herren,

es mangelt also nicht an großen und teils erschreckenden Zahlen im Haushaltsplan. Woran es nach Ansicht meiner Fraktion allerdings mangelt, ist ein Wille zum Sparen! Es muss doch der Anspruch von Verwaltung und Politik sein, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Der Kreishaushalt ist umlagefinanziert, wird also im Wesentlichen aus Mitteln der Kommunen getragen. Da ist es ein Gebot der Fairness, wirkliche Konsolidierungen anzugehen. Wir haben als FDP-Fraktion dazu in den vergangenen Jahren immer wieder grundlegende Verfahrensvorschläge unterbreitet. Ich erinnere an unseren Antrag zur generellen Haushaltskonsolidierung von 2021, an unseren Antrag zur strukturierten Bewertung der freiwilligen und steuerbaren Leistungen oder etwa an die Forderung, Personalmehrbedarfe an anderen Stellen in der Verwaltung gegen zu kompensieren. All diese Ansätze wurden abgelehnt. Im Rahmen der diesjährigen Haushaltsberatungen sind wir den Weg gegangen, konkrete Einsparvorschläge zu einzelnen Haushaltspositionen zu unterbreiten. Unsere Vorschläge umfassten Kürzungen im Bereich der freiwilligen und steuerbaren Leistungen in Höhe von rund 350.000 Euro für 2024, sowie die Streichung von 7 der zusätzlichen Personalstellen. In Summe also sicherlich etwa 1 Million Euro an Sparvorschlägen. Sie wissen es: Alles abgelehnt!

Auch unser Vorschlag, mittelfristig die Zuschüsse des Kreises zur Nordwestdeutschen Philharmonie zurückzufahren, wurde kategorisch abgelehnt. Wir reden über bald 10.000 Euro – pro Monat! Nicht mal darüber sprechen möchte man im Trägerverein. Argumentation der Verwaltung: Wir kommen mit unserem Beitrag heute schon, Zitat: „gut weg“.

Also, es mangelt an Sparwillen. Das betrifft aber leider nicht nur die Verwaltung, sondern auch die anderen Fraktionen. Die SPD will eher noch deutlich mehr Geld ausgeben. Warum nicht mal eben für 20.000 Euro das Artenschutzhandbuch überarbeiten? Am spannendsten fand ich noch den Antrag der Sozialdemokraten in eigener Sache: Für Fortbildungen von Mandatsträgern sollten 10.000 Euro in den

Haushalt eingestellt werden. Bis vor kurzem hat die SPD – wie vorgesehen – Fortbildungen der eigenen Leute aus ihren Fraktionszuwendungen finanziert. Zwischenzeitlich gibt sie das Geld offenbar für andere Zwecke aus und erwartet, dass der Steuerzahler zusätzliche Mittel bereitstellen soll.

Das Knotenpunktsystem für den Radverkehr, wie von den Grünen gefordert, ist definitiv ein Nice-to-have-Projekt und nicht zwingend notwendig. Über 400.000 Euro an kreiseigenen Mitteln inklusive einer Stelle eines Ingenieurs sind für dieses Projekt absolut nicht angemessen. Wir müssen Prioritäten setzen. Ich verstehe in dieser Frage aber nicht nur die Grünen nicht, sondern auch nicht die Verwaltung. Für uns ist unbegreiflich, dass für das „Radeln nach Zahlen“ in diesen Zeiten überhaupt ein positiver Beschlussvorlage vorgelegt wurde. Da erwarten wir mehr Kostensensibilität.

Von der CDU gab es ebenfalls keinen einzigen Sparvorschlag. Die FWG/UWG hat im Ursprung einen vollkommen untauglichen Antrag eingereicht, der zum Ziel hatte, die Gesamtsumme der freiwilligen und steuerbaren Leistungen spontan auf dem Niveau von 2023 einzufrieren. Das hätte den Kreis gegenüber den Empfängern der Gelder zu einem vertragsbrüchigen Partner gemacht. Diesen Antrag hat die FWG/UWG dann noch vor der ersten Ausschussberatung selber wieder einkassiert. Er hat sich dann in der weiteren Beratungsfolge zu einem eher weichen Prüfauftrag an die Verwaltung bzgl. der freiwilligen und steuerbaren Leistungen für das kommende Jahr entwickelt. Das kann man machen. Unserer Ansicht nach kann das aber auch nur der erste Schritt sein. Wir wollen über eine ganzheitliche und strukturelle Betrachtung von Produkten und Prozessen sprechen. Da werden wir dran bleiben, wie in den Vorjahren auch.

Der Wille zum Sparen für 2024 war eine Alleinstellung der FDP-Fraktion in den zurückliegenden Haushaltsberatungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

mindestens genauso wie wichtig, wie Ausführungen zum konkreten Haushaltsentwurf ist mir in diesem Jahr ein Blick auf die aktuelle Lage über den Kreis Gütersloh hinaus. Die Welt ist in Unordnung. Wir sind bereits im Jahr drei des barbarischen Krieges Russlands gegen die Ukraine. Das Morden und Zerstören geht weiter. Ich halte es für richtig, dass wir weiter solidarisch mit der Ukraine sind. Sei es durch die Bereitstellung von militärischem Material oder eben auch durch die Hilfe für die aus der Ukraine Geflüchteten hier bei uns im Kreis Gütersloh. Die dadurch entstehenden Mehrbelastungen sind im Haushaltsplan sichtbar. Wir tragen sie mit.

Auch in Deutschland ist etwas in Bewegung geraten. In den letzten Wochen sind hunderttausende Menschen auf die Straßen gegangen, um friedlich gegen Fremdenhass und Rechtsextremismus zu demonstrieren. Ich finde das ungemein beeindruckend. Ich habe den Eindruck, diese vielen Menschen haben regelrecht auf eine Gelegenheit – eine Art Auslöser – gewartet, um Gesicht zu zeigen und Stellung zu beziehen. Dieser Auslöser ist durch die öffentlich gewordene Konferenz in Potsdam geliefert worden. Ein brauner Haufen aus Rechtsextremisten, Nazis, Vertretern der Werteunion und engsten Mitarbeitern der AfD-Bundesvorsitzenden treffen sich, um sich über sog. „Remigrationen“ auszutauschen. Lassen wir uns durch Euphemismen nicht täuschen: Remigration – das ist Nazi-Sprech für Deportation und Vertreibung. Damit enthüllen diese Damen und Herren, wie das alternative Deutschland aus ihrer Sicht aussehen sollte. Die wollen unser Land auf Rechts drehen. Meine Damen und Herren, das werden wir nicht zulassen!

Es ist an uns, für ein freiheitliches, rechtsstaatliches und tolerantes Deutschland in Europa zu streiten. Jeder und jede von uns als Kommunalpolitiker hat dazu einen Beitrag zu leisten. Darüber hinaus ist aber auch jeder in seinem persönlichen Umfeld dazu aufgerufen, klar Stellung zu beziehen gegen jede Form von Menschenverachtung und rechtsextreme Politik. Eine gute Gelegenheit dazu wird die bald stattfindende Europawahl sein. Überlassen wir Europa nicht denen, die es im Kern abschaffen wollen. Lassen Sie uns gemeinsam für ein besseres Europa streiten. Bei allem Verständnis für Unzufriedenheit und vielleicht auch Frustration, die einige empfinden mögen, möchte ich mich auch an diejenigen wenden, die über eine Wahl der AfD nachdenken: Wer die wählt, nimmt in Kauf, dass wir Nazis in unseren Parlamenten sitzen haben. Das sollte sich jeder sehr gut überlegen.

Und bei uns im Kreis Gütersloh? Hier im Kreistag gibt es auch eine AfD-Fraktion. Inhaltlich und programmatisch ist sie mehr oder weniger unsichtbar. Ein Rohrkrepierer. Als Kreistagsmitglied könnte ich sagen, was soll's. Die Bürgerinnen und Bürger sollten sich aber durchaus die Frage stellen, wofür braucht es eine solche Fraktion überhaupt und was tun die für den Kreis Gütersloh? Äußerst wenige Anträge hat die Fraktion in den letzten 3 Jahren in den Kreistag eingebracht. Darunter Klassiker wie die Forderung, Corona-Impfungen im Kreis Gütersloh auszusetzen oder in den Kantinen der Verwaltung insektenhaltiges Essen zu deklarieren. Na Prost, Mahlzeit. Ansonsten jede Menge Anfragen, die gerne mal die üblichen AfD-Ressentiments bedienen aber ansonsten zu nichts führen. Was bringt das den Menschen im Kreis Gütersloh frage ich mich?

Die Extremen auf der anderen Seite des politischen Spektrums sind übrigens nicht besser. Die Gruppe der Linken hat noch weniger Arbeitsergebnisse produziert, ist aber auch richtig teuer für den Steuerzahler. 4 Anfragen und 1 Antrag seit Ende 2020. Von April 2022 bis November 2023 war komplett Funkstille. In meinen Augen grenzt das an Arbeitsverweigerung.

Mein Fazit: Die Extremen ganz links und rechts tragen nicht zum Wohl des Kreises Gütersloh bei.

Meine Damen und Herren,

in den letzten Wochen ist endlich Bewegung in die Frage gekommen, ob und wie sich der Kreis Gütersloh an der Weiterentwicklung der Gedenkstätte Stalag hin zu einem Ort von nationaler Bedeutung beteiligt. Die FDP-Fraktion trägt das neue Umsetzungs- und Finanzierungskonzept für die Gedenkstätte mit. Entscheidend für uns ist, dass auch das neue Konzept inhaltlich auf der in jahrelanger Arbeit entwickelten Machbarkeitsstudie des LWL fußt. Für uns war das eine nicht verhandelbare Prämisse.

Der Ausbau der Gedenkstätte Stalag zu einem Ort von nationaler Bedeutung ist eine historische Chance für unsere Region und ein wertvoller Beitrag nicht nur der Erinnerungskultur, sondern auch für die Demokratiebildung und -stärkung.

Wir werden uns an dem fraktionsübergreifenden Antrag zur Fortentwicklung der Gedenkstätte beteiligen und hoffen darauf, dass die dann noch folgenden Gespräche auf Bundes- und Landesebene erfolgreich sein werden.

Zurück zum Haushalt: Sie ahnen es, das vorliegende Paket ist für meine Fraktion nicht zustimmungsfähig. Keine Frage: Den größten Teil der Haushaltspositionen können wir inhaltlich mittragen. Es stellt sich aber für uns die Frage, ob wir die Haltung, die diesem

Haushaltsplan zugrunde liegt, mittragen können. Die Antwort lautet nein. Ich habe es detailliert ausgeführt: Es fehlt der Mut und Wille an Kostenpositionen, Prozesse oder das Personaltabelleau heranzugehen. Uns reicht das nicht aus. Wir lehnen den Haushalt 2024 ab.

Zum Schluss danken möchte ich insbesondere Herrn Poppenborg und den weiteren Beteiligten in der Kreisverwaltung dafür, dass sie uns für unsere Fragen und Diskussionen jederzeit zur Verfügung standen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.